



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Sachstand

Änderung des Bundeshaushalts

Änderung des Bundeshaushalts

Aktenzeichen: WD 4 - 3000 - 047/24
Abschluss der Arbeit: 03.07.2024
Fachbereich: WD 4: Haushalt und Finanzen

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Fragestellung	4
2.	Frist für die Vorlage des Haushaltsentwurfs beim Deutschen Bundestag, tatsächliches Datum der Vorlage und tatsächliches Datum der Annahme (in den letzten fünf Jahren)	4
3.	Wurde das beschlossene Haushaltsgesetz geändert, und wenn ja, wie oft (in den letzten 5 Jahren)?	5
4.	Gab es eine Änderung des Haushaltsdefizitziels im Bundeshaushalt, und wenn ja, wie oft (in den letzten 5 Jahren)?	5
5.	Verfahren zur Änderung des Haushaltsgesetzes	6
6.	Verfahren zur Änderung des Haushaltsdefizitziels	7

1. Fragestellung

Es wird um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen zur Änderung des Bundeshaushalts in Deutschland gebeten.

2. Frist für die Vorlage des Haushaltsentwurfs beim Deutschen Bundestag, tatsächliches Datum der Vorlage und tatsächliches Datum der Annahme (in den letzten fünf Jahren)

Nach § 30 der Bundeshaushaltsordnung (BHO)¹ ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes mit dem Entwurf des Haushaltsplans durch die Bundesregierung vor Beginn des Haushaltsjahres, in der Regel spätestens in der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach dem 1. September, dem Bundesrat zuzuleiten und beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Darüber hinaus ist nach Art. 4 Abs. 2, Art. 6 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013² der Haushaltsplanentwurf für das Folgejahr alljährlich spätestens am 15. Oktober zu veröffentlichen und bis dahin der Kommission sowie der Euro-Gruppe eine Übersicht über die Haushaltsplanung vorzulegen.

Die Termine für die Vorlage und Annahme des Gesetzentwurfs durch den Deutschen Bundestag in den letzten fünf Jahren lauten wie folgt:

Gesetzentwurf	Vorlage	Annahme
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024	18.08.2023	02.02.2024
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023	05.08.2022	25.11.2022
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022	18.03.2022	03.06.2022
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021	25.09.2020	11.12.2020
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020	09.08.2019	29.11.2019

1 Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 412) geändert worden ist.

2 Verordnung (EU) Nr. 473/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über gemeinsame Bestimmungen für die Überwachung und Bewertung der Übersichten über die Haushaltsplanung und für die Gewährleistung der Korrektur übermäßiger Defizite der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet (ABl. L 140 vom 27.5.2013, S. 11), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32013R0473&qid=1718789510233>, abgerufen am 1. Juli 2024.

3. Wurde das beschlossene Haushaltsgesetz geändert, und wenn ja, wie oft (in den letzten 5 Jahren)?

Ja, es gab in den letzten fünf Jahren Nachtragshaushalte.

Jahr	Anzahl
2023	ein Nachtragshaushalt
2022	-
2021	zwei Nachtragshaushalte
2020	zwei Nachtragshaushalte
2019	-

Die Gesetze lauten wie folgt:

Jahr	Gesetzentwurf	Vorlage	Annahme
2023	Nachtragshaushaltsgesetz 2023	27.11.2023	15.12.2023
2022	-		
2021	Nachtragshaushaltsgesetz 2021	25.03.2021	23.04.2021
	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021	13.12.2021	27.01.2022
2020	Nachtragshaushaltsgesetz 2020	23.03.2020	25.03.2020
	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020	17.06.2020	02.07.2020
2019	-		

4. Gab es eine Änderung des Haushaltsdefizitziels im Bundeshaushalt, und wenn ja, wie oft (in den letzten 5 Jahren)?

Ja, von der Möglichkeit, die Kreditobergrenzen nach Art. 109 Abs. 3 Satz 1 und Satz 4 in Verbindung mit Art. 115 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG)³ im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen zu überschreiten, wurde in vier Jahren Gebrauch gemacht. Im Rahmen des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020, des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2020, des Haushaltsgesetzes 2021, des Nachtragshaushaltsgesetzes 2021, des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2021, des Haushaltsgesetzes 2022 und des Nachtragshaushaltsgesetzes 2023 wurde jeweils eine außergewöhnliche Notsituation durch Beschluss des Deutschen Bundestages festgestellt.

³ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478) geändert worden ist.

Jahr	Grund für die Änderung
2023	außergewöhnliche Notsituation
2022	außergewöhnliche Notsituation
2021	außergewöhnliche Notsituation
2020	außergewöhnliche Notsituation
2019	-

5. Verfahren zur Änderung des Haushaltsgesetzes

Für den Erlass eines Nachtragshaushaltsgesetzes, das das Haushaltsgesetz ändert, gelten im Wesentlichen die gleichen Verfahrensvorschriften wie für den Erlass des Haushaltsgesetzes.⁴

Für die Beratung des Haushaltsausschusses werden zeitgleich den gesetzgebenden Organen – Bundesrat und Bundestag – durch die Bundesregierung der Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes sowie der mittelfristige Finanzplan zugeleitet. Über den Bundesrat haben die Länder Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Aufstellung des Bundeshaushalts. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von sechs Wochen, bei Änderungsvorlagen innerhalb von drei Wochen zum Haushaltsentwurf Stellung zu nehmen (Art. 110 Abs. 3 GG). Das Haushaltsgesetz bedarf aber nicht der Zustimmung des Bundesrates.⁵

Der Haushaltsentwurf wird – wie jeder Gesetzentwurf – dreimal im Plenum des Bundestages beraten. Nach § 95 Abs. 1 Satz 6 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (BTGO 1980)⁶ können aber Nachtragshaushaltsvorlagen auf Vorschlag des Ältestenrates durch den Präsidenten ohne erste Beratung dem Haushaltsausschuss überwiesen und in einer Beratung abschließend behandelt werden. Nachtragshaushaltsvorlagen hat der Haushaltsausschuss gemäß § 95 Abs. 4 BTGO 1980 spätestens innerhalb der auf den Eingang der Stellungnahme des Bundesrates folgenden Sitzungswoche zu beraten. Der Bericht des Ausschusses ist dann auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Bundestages zu setzen.

Den Abschluss der Beratungen des Haushaltsausschusses bilden die Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen und dem Haushaltsgesetzentwurf an das Plenum des Deutschen Bundestages. Gegenstand der zweiten Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages ist die Beratung der Einzelpläne. Die dritte Lesung ist die Schlusssprache zum Kern des Haushalts, bei der sich der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, die Obleute der Fraktionsarbeitsgruppen und der Bundesfinanzminister äußern. Häufig werden insbesondere von

4 Kube, in: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz-Kommentar, Werkstand: 103. EL Januar 2024, GG Art. 110, Rn. 179.

5 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Das Haushaltsrecht und das parlamentarische Haushaltsverfahren der Bundesrepublik Deutschland, Ausarbeitung vom 21.02.2018, [WD 4 - 3000 -015/18](#).

6 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 1980 (BGBl. I S. 1237), die zuletzt durch Beschluss d. Bundestages vom 22. Februar 2024 geändert worden ist.

den Oppositionsparteien allgemein gehaltene Entschließungsanträge zum Haushalt insgesamt oder zu bestimmten Bereichen gestellt. Nach Erledigung von Änderungsanträgen und von Entschließungsanträgen wird über den Haushaltsentwurf insgesamt abgestimmt.⁷

Der Präsident des Bundestages übersendet den Beschluss über den Haushalt unverzüglich dem Bundesrat für den zweiten Durchgang (Art. 77 Abs. 1 Satz 2 GG). Das weitere Verfahren entspricht der üblichen Gesetzgebung. Der Haushalt wird Gesetz, wenn er nach der Behandlung im Bundestag und im Bundesrat vom Bundesminister der Finanzen und vom Bundeskanzler gegengezeichnet, vom Bundespräsidenten ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet wird.⁸

6. Verfahren zur Änderung des Haushaltsdefizitziels

Nach Art. 109 Abs. 3 Satz 1 und Satz 4 in Verbindung mit Art. 115 Abs. 2 Satz 1 GG ist der Haushalt des Bundes grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Diesem Grundsatz ist gemäß Art. 115 Abs. 2 Satz 2 GG entsprochen, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 Prozent im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Zusätzlich sind bei einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung symmetrisch zu berücksichtigen.

Aufgrund nachträglich auftretender Finanzierungsbedarfe können Nachtragshaushaltsgesetze erforderlich werden, die auch Kreditermächtigungen enthalten. Nach § 8 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes (G 115)⁹ kann dabei die ermittelte zulässige Kreditaufnahme bis zu einem Betrag in Höhe von 3 Prozent der veranschlagten Steuereinnahmen überschritten werden. Das Verfahren verläuft wie oben unter Nr. 5 beschrieben.

Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können darüber hinaus die Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages gemäß Art. 109 Abs. 3 Satz 2 und Satz 4 in Verbindung mit Art. 115 Abs. 2 Satz 6 GG überschritten werden.

7 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Das Haushaltsrecht und das parlamentarische Haushaltsverfahren der Bundesrepublik Deutschland, Ausarbeitung vom 21.02.2018, [WD 4 - 3000 -015/18](#).

8 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Das Haushaltsrecht und das parlamentarische Haushaltsverfahren der Bundesrepublik Deutschland, Ausarbeitung vom 21.02.2018, [WD 4 - 3000 -015/18](#).

9 Artikel 115-Gesetz vom 10. August 2009 (BGBl. I S. 2702, 2704), das zuletzt durch Artikel 245 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.